

40
79

Union in Deutschland

Bonn, den 22. November 1979

Solidarität mit den USA

Die Ereignisse im Iran können nicht isoliert betrachtet werden. Sie sind eine Herausforderung an alle Industrienationen und an die westliche Welt im besonderen. Es ist der Zusammenstoß zwischen entwickelten und sich entwickelnden Staaten, der durch das Zusammenprallen unterschiedlicher Kulturen noch verschärft wird. Der Konflikt hat längst regionale Grenzen überschritten und ist dabei, den Nord-Süd-Dialog in Bahnen zu lenken, die den Weltfrieden ernsthaft gefährden könnten.

Die Haltung der Union faßte Helmut Kohl vor der Bundestagsfraktion in folgenden vier Punkten zusammen:

1. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion verurteilt mit Nachdruck die Besetzung der amerikanischen Botschaft in Teheran und die Geiselnahme der Botschaftsangehörigen. Sie sind eine beispiellose Verletzung des durch das Völkerrecht garantierten Prinzips der diplomatischen Immunität von ausländischen Vertretungen.
2. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion erklärt ihre uneingeschränkte Solidarität mit den Vereinigten Staaten von Amerika und dem Bemühen ihrer Regierung, die unversehrte Freilassung aller Geiseln zu erreichen.

(Weiter auf Seite 2)

■ BUNDES- HAUSHALT 1980

Dokument der unsozialen Folgen einer Schuldenwirtschaft — Bilanz der gerade abgeschlossenen Haushaltsberatungen im Haushaltsausschuß Seite 5

■ MENSCHEN- RECHTE IN DER DDR

Union drängt die Regierung zu stärkerer Aktivität Seite 7

■ BEAMTENBUND

Öffentlichkeit sollte besser informiert werden Seite 8

■ KOALITION

Rücktritt von Frau Huber gefordert Seite 9

■ LANDES- PARTEITAGE

Berichte von den Parteitagungen der Landesverbände Rheinland, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein Seiten 11 bis 15

■ DOKUMENTATION

CDU/CSU für Reform des gegliederten Schulwesens — Integrierte Gesamtschule ist nicht serientauglich (Redeauszüge der großen bildungspolitischen Debatte im Bundestag) grüner Teil

■ INFORMATION

Frauenfrage — Teil der Gesellschaftspolitik

Zu der von der Evangelischen Kirche in Deutschland veröffentlichten Studie zur Situation der Frau unter dem Titel „Die Frau in Familie, Kirche und Gesellschaft“ erklärte die Vorsitzende der CDU-Frauenvereinigung und stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Helga Wex, es sei zu begrüßen, daß auch die Evangelische Kirche es als wesentliche Aufgabe des Staates ansehe, den Weg von der patriarchalischen zur partnerschaftlichen Familie zu sichern und auszubauen. Auch die Auffassung, daß die „Frauenfrage“ nicht isoliert gesehen werden dürfe, sondern ein breites gesellschaftliches Problem darstelle, sei zu unterstreichen.

Gewicht der Union in USA verstärken

Das politische Gewicht der CDU/CSU, die die Hälfte der deutschen Bevölkerung repräsentiert, muß in der amerika-

(Fortsetzung von Seite 1)

3. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßt die Haltung des UNO-Sicherheitsrates, der die Geiselnahme einstimmig verurteilt und die sofortige Freilassung aller diplomatischen Geiseln gefordert hat.

4. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordert die Bundesregierung auf, in Zusammenarbeit mit den anderen Mitgliedsstaaten der EG die amerikanischen Bemühungen um die Beilegung des Konflikts zu unterstützen und entsprechende Initiativen zu ergreifen.

nischen Öffentlichkeit stärkere Beachtung erfahren. Dies erklärten Helmut Kohl und der Präsident des Chicago Council on Foreign Relations, John E. Rielly, im Anschluß an ein Gespräch in Bonn. Die Unterredung diente der Erörterung allgemeiner außen- und sicherheitspolitischer Fragen. John E. Rielly, der sich am 14./15. November in Bonn aufhielt, traf ferner mit Heiner Geißler sowie den stellvertretenden CDU-Vorsitzenden Ernst Albrecht und Alfred Dregger zusammen.

Der Chicago Council on Foreign Relations, eine in Chicago ansässige unabhängige private Einrichtung, befaßt sich mit den außenpolitischen Verflechtungen der USA. Er betreut auch die „Atlantischen Konferenzen“, deren Lenkungsausschuß Helmut Kohl angehört.

Zahl der radikalen Linken im Schuldienst wächst

Die Zahl der linksextremistischen Lehrer nimmt im Gegensatz zu der der rechtsextremistischen seit Jahren sprunghaft zu. Seit 1976 haben sich die Zahlen wie folgt entwickelt: 1976 lagen die Linksextremisten in den Ländern bei 654, 1978 sind sie auf 885 angestiegen. Die Rechtsextremisten lagen 1976 bei 67, waren 1978 aber auf 47 abgesunken.

Die linksextremistischen Lehrer machen bereits 65,7 % aller radikalen Linken im öffentlichen Dienst aus. Damit wird eines deutlich: Die Linksextremisten setzen ihr Ziel — Marsch durch die Institutionen — unbeirrt fort. Sie setzen — wie alle totalitären Systeme — ihren Hebel im Erziehungswesen an. Durch die Indoktrination unserer Kinder erhoffen sie sich eine radikale Veränderung unserer Gesellschaft.

Hierzu erklärte der Unionsabgeordnete im Deutschen Bundestag, Otto Regens

purger: Die Verantwortlichen von SPD und FDP in den Ländern verniedlichen seit Jahren diese schleichende Infiltration unseres Schulwesens, die eine bedrohliche Gefahr für unsere Demokratie darstellt. Die Bundesregierung schweigt oder versucht, wie der für die innere Sicherheit unseres Landes zuständige Bundesinnenminister Baum, die Gefahr des Linksextremismus herunterzuspielen.

Diese Entwicklung kann nicht länger tatenlos hingenommen werden. Es müssen die notwendigen Maßnahmen zum Schutz unseres demokratischen Staatwesens vor einer schleichenden Unterwanderung getroffen werden. Die Unionsfraktion hat die Bundesregierung in einer parlamentarischen Anfrage er sucht, zu dem Problem Stellung zu nehmen.

1. Wie verteilen sich die im Verfassungsschutzbericht 1978 aufgeführten 946 linksextremistischen Lehrer auf die einzelnen Bundesländer und wie beurteilt die Bundesregierung den sprunghaften Anstieg der Linksextremisten im Schuldienst?

2. Welche disziplinarischen Maßnahmen sind gegen extremistische Lehrer getroffen worden?

Fredersdorf schwimmen die Felle davon

Hermann Fredersdorf hat mit der von ihm gegründeten Bürgerpartei wenig Glück. Drei der insgesamt sechs Präsidiumsmitglieder der Deutschen Steuer-Gewerkschaft, Tony Ditt (München), Elke Hunsicker (Saarland), Winfried Döbertin (Hamburg), haben inzwischen ihren Austritt aus Fredersdorfs Steuer-rebellen-Partei erklärt. Auch der nieder-sächsische Landesbeauftragte, der Oberstadtdirektor von Braunschweig,

Günther Weber, kündigte an, er werde seine Posten innerhalb dieser Partei zur Verfügung stellen. Fredersdorf selber meint hierzu: „Ein notwendiger Reinigungsprozeß.“

IG Chemie: Fachkräfte drohen abzuwandern

Die im Arbeitskreis „Nuklear-Betriebe“ der IG Chemie-Papier-Keramik zusammengeschlossenen Betriebsratsmitglieder aus den in dieser Gewerkschaft organisierten Kernenergiebetrieben haben auf einer Sitzung in Hannover eindringlich darauf hingewiesen, daß besonders die Unsicherheit über den zukünftigen Umfang der friedlichen Nutzung der Kernenergie in der Bundesrepublik Deutschland dazu führen müsse, daß verstärkt qualifiziertes Personal aus dem Nuklearbereich ausscheide und in anderen Industriezweigen Anstellung suche. Außerdem sei die Gefahr der Abwanderung ins Ausland (Frankreich, USA) nicht zu unterschätzen. Das an diese Personen gebundene Know-how ginge der deutschen Kernforschung und Kerntechnologie unwiederbringlich verloren, wenn diese Fachkräfte ihr Wissen im Ausland anwenden würden und dort zu einem Technologievorsprung gegenüber der Bundesrepublik Deutschland beitragen.

Wandel in Südafrika

Die neue Politik der Regierung der Republik Südafrika unter Premierminister D. W. Botha ist nach den Worten der Abgeordneten der Unionsfraktion Wolfgang von Geldern und Hans Graf Huyn dazu angetan, Hoffnungen auf einen Wandel zu mehr Freiheit und Gerechtigkeit in Südafrika zu wecken. Der Prozeß des Abbaus der Diskriminierungen in Gesetzgebung und gesellschaftlicher

Wirklichkeit Südafrikas sei zu keiner früheren Zeit so glaubwürdig betrieben worden wie unter dem jetzigen Regierungschef. Dies werde in Südafrika auch von oppositionellen Gruppen anerkannt, die den Premierminister manchmal stärker zu unterstützen scheinen als seine eigene regierende Nationalpartei. Nach Gesprächen mit mehreren südafrikanischen Parlamentariergruppen in Bonn erklärten die beiden Unionspolitiker, es sei jetzt erforderlich, diesen Wandlungsprozeß in Südafrika auch bei uns anzuerkennen und zu fördern.

Union fordert Debatte über Medien

Die CDU/CSU will im Bundestag eine Debatte über die Medienpolitik herbeiführen. Zu diesem Zweck hat sie eine Große Anfrage im Parlament eingebracht. Sie erkundigt sich darin nach den Absichten der Regierung für die sogenannten neuen Medien und warnt davor, etwa das Kabelfernsehen technisch verhindern zu wollen.

Bis 1990 weg vom OPEC-Öl

Die Bundesregierung solle mit ihrer Energiepolitik bis 1990 die Unabhängigkeit vom OPEC-Öl erreichen. Dies hat der energiepolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Karl-Heinz Narjes, unter Hinweis auf die jüngsten Ereignisse im Iran empfohlen. Narjes plädiert vor allem für eine breitere geographische Streuung der Versorgungsquellen und für stärkere staatliche Hilfen bei der Exploration. Die Abwicklung von Milliardenprojekten zur Energiesicherung im Ausland erfordere einen Kapitalbedarf, der vielfach die Leistungsfähigkeit der beteiligten Unternehmen oder Konsortien übersteige. Das Demi-

nex-Programm solle erweitert werden. Nötig sei die Beteiligung an der Erschließung von Lagerstätten für nicht-konventionelles Öl ebenso wie bei Erdgas, die Sicherung von Auslandskohle und die Kohleveredelung.

Feuerschutzsteuergesetz verabschiedet

Nach einjährigen Beratungen ist das längst überfällige Feuerschutzsteuergesetz am 14. November 1979 vom Finanzausschuß des Deutschen Bundestages mit den Stimmen der CDU/CSU und der SPD bei Enthaltung der FDP und einiger einzelner Abgeordneter endlich verabschiedet worden. Damit hat das ständige Drängen der Union auf Reform dieses Gesetzes, das für über eine Million freiwillige Feuerwehrleute von besonderer Bedeutung ist, schließlich doch noch zum Erfolg geführt.

Christdemokraten verurteilen Pinochet

Zur Erörterung der aktuellen politischen Lage in Chile traf der stellvertretende Vorsitzende der chilenischen christlich-demokratischen Partei, Juan Hamilton, in Bonn mit Heiner Geißler zusammen. Dabei verurteilten Geißler und Hamilton einhellig die Erklärung des chilenischen Staatspräsidenten General Augusto Pinochet, der am gleichen Tag gegenüber Journalisten festgestellt hatte, daß es auch künftig „keine politische Öffnung“ in Chile geben werde. Geißler versicherte Hamilton der Solidarität der CDU mit der chilenischen Schwesterpartei, der es trotz der begrenzten Entfaltungsmöglichkeiten gelungen sei, sich als einzige demokratische Alternative zur chilenischen Militärrregierung zu behaupten.

■ BUNDESHAUSHALT 1980

Dokument der unsozialen Folgen einer Schuldenwirtschaft

Der Deutsche Bundestag wird vom 11. bis 14. Dezember 1979 in zweiter und dritter Lesung den Bundeshaushalt 1980 beraten und verabschieden. Der Haushaltsausschuß hat inzwischen seine Beratungen abgeschlossen. Nachfolgend gibt der Vorsitzende des Ausschusses, MdB Heinrich Windelen, folgende Zusammenfassung:

① Der Bundeshaushalt 1980 schließt nach der Beschlußfassung des Haushaltsausschusses mit Gesamtausgaben von 214,5 Mrd. DM ab, also geringfügig niedriger als die Regierungsvorlage (215,3 Mrd. DM). Die Ausgabensteigerung gegenüber dem Soll 1979 (203,3 Mrd. DM) beläuft sich auf 5,5 %.

Der Schuldenzuwachs wird gegenüber dem Regierungsentwurf (28,2 Mrd. DM) um 3,9 Mrd. DM auf 24,3 Mrd. DM gesenkt, im wesentlichen allerdings aufgrund Höhererschätzung der Einnahmen (Steuern + 2,8 Mrd. DM, Verwaltungseinnahmen + 0,3 Mrd. DM).

Die vom Ausschuß beschlossenen Kürzungen bei einer Vielzahl von Einzelpositionen um insgesamt 1,8 Mrd. DM (darunter Bundeszuschuß zur Defizitdeckung der Arbeitslosenversicherung von 2,3 Mrd. DM um 0,7 auf 1,6 Mrd. DM) werden weitgehend auf Initiative der Regierung durch zusätzliche Ausgaben-erhöhungen um rd. 1 Mrd. DM aufgezehrt (darunter aufgrund der Bereinigungsvorlage des Bundesfinanzministe-

riums, die erst kurz vor Abschluß der Beratungen eintrat, um rd. 0,8 Mrd. DM).

② Positiv ist an diesem Haushalt eines — eigentlich nur eines — zu rühmen: es ist der erste Haushalt des Bundes, der einer der wesentlichen Ziele der vom früheren Bundesfinanzminister Strauß durchgesetzten Haushaltsrechtsreform des Jahres 1969 verwirklicht, nämlich das rechtzeitige Inkrafttreten vor Beginn des Haushaltsjahres, für das er gelten soll.

③ Im übrigen aber verdient auch dieser Haushalt vor allem im Hinblick auf seine unsolide Finanzierung harte Kritik, die ihren Grund vor allem in der leichtfertigen Finanzpolitik der vergangenen zehn Jahre hat.

Als Folge wird auch im nächsten Jahr der Schuldenzuwachs des Bundes in einem Jahr fast doppelt so hoch sein wie von 1950 bis 1969 mit rd. 14 Mrd. DM in 20 Jahren zusammen. Das ist leider kein einmaliger Vorgang; das ist nunmehr bereits im sechsten Jahr der Fall:

Schuldenzuwachs des Bundes (in Mrd. DM) 1950 bis 69 zusammen 14,3, 75 29,9, 76 25,8, 77 21,7, 78 25,9, 79 26,2, 80 24,3.

Wir stehen damit mitten in einem gefährlichen Gewöhnungsprozeß an das vermeintlich süße Gift des Schuldenmachens, vor dem nicht nachhaltig genug gewarnt werden kann.

④ Die in früheren Jahren vorgebrachte Entschuldigung, die Defizite müßten

im Hinblick auf eine rückläufige Wirtschaftsentwicklung hingenommen werden, zieht nicht mehr, befinden wir uns doch — trotz noch vorhandener hoher struktureller Arbeitslosigkeit — insgesamt gesehen in einer ausgeprägten Hochkonjunktur mit Überhitzungserscheinungen (z. B. Tief- und Hochbau) und immer stärker fühlbar werdenden Preissteigerungen.

Der Schuldenberg wächst

Wenn schon in dieser Lage so hohe Schulden gemacht werden, muß man sich fragen, was noch an zusätzlicher Defizithinnahme erfolgen soll und auch kann, wenn es wirklich wieder zu einem wirtschaftlichen Einbruch mit riesigen Steuerausfällen kommt.

⑤ Immer stärker wird die Handlungsfähigkeit des Bundes durch die gewaltig steigenden Ausgaben für den Schuldendienst eingeschränkt. Bereits im nächsten Jahr werden die Ausgaben für den Schuldendienst etwa ebenso hoch sein wie die Ausgaben für die Landesverteidigung und damit hinter den Sozialausgaben — zusammen mit den Verteidigungsausgaben — den zweitgrößten Ausgabenblock im Bundeshaushalt bilden. Dieser ist fast fünfmal so hoch wie die Ausgaben für Forschung und Entwicklung.

Nicht die von Regierung und Koalition immer wieder als besondere Leistung hervorgehobenen Ausgaben für Forschung und Entwicklung, nicht die Sozialausgaben zum Zweck der Umverteilung zugunsten sozial schwächerer Schichten, erst recht nicht die öffentlichen Investitionen zur Beseitigung der angeblichen „öffentlichen Armut“, sondern die Ausgaben für den Zins- und Tilgungsdienst, d. h. die Ausgaben für die Umverteilung der Steuermittel zu-

gunsten derjenigen, die Geld in Form von Krediten zur Verfügung stellen können, haben die oberste Priorität in der gegenwärtigen Finanzpolitik. Deshalb ist dieser Haushalt ein erneutes Dokument der unsozialen Folgen, zu denen diese Schuldenwirtschaft führt.

⑥ Ihr Grund liegt nicht in zu niedrigen Einnahmen, sondern in zu hohen Ausgaben. Wir müssen daher die Ausgabenzuwächse noch weiter beschränken; die CDU/CSU hat deshalb im Ausschuß Kürzungsanträge in der Größenordnung von fast drei Mrd. DM gestellt, die nur zum geringeren Teil von der Koalition angenommen wurden.

Keine verantwortungsbewußte Regierung kann und darf sich weiterhin der Aufgabe entziehen, die Schuldenzuwächse mittelfristig auf ein vertretbares Maß zurückzuführen. Wir dürfen es uns nicht leisten, weiter unseren Wohlstand auf Kosten unserer Kinder und Enkel zu finanzieren.

Steuerlast vermindern

Wir müssen durch Abbau der Schuldenzuwächse zugleich mittelfristig neuen Handlungsspielraum gewinnen für die wichtigen Aufgaben zur Zukunftssicherung, namentlich für eine sozial gerechtere Familienpolitik und die Sicherung einer angemessenen Bevölkerungsentwicklung und einer ausgewogenen Altersstruktur, für die Aufrechterhaltung des Rüstungsgleichgewichts im Interesse der Friedenssicherung, für die langfristig gewaltigen Finanzierungskosten zum Abbau der Abhängigkeit von importiertem Erdöl, nicht zuletzt auch für den Abbau der leistungshemmenden Überbelastung von Steuer- und Beitragszahlern, insbesondere durch heimliche Steuererhöhungen.

■ MENSCHENRECHTE IN DER DDR

Union drängt die Regierung zu stärkerer Aktivität

Der Deutsche Bundestag hat in der vergangenen Woche aufgrund verschiedener Initiativen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Verletzung der Menschenrechte in der DDR diskutiert. MdB Klaus Jäger (Wangen) faßte die Forderungen der Union für eine aktive Menschenrechtspolitik wie folgt zusammen:

① endlich ein geschlossenes Konzept für die Durchsetzung aller in den Pakten umschriebenen Menschenrechte in der DDR, insbesondere der Freizügigkeit innerhalb Deutschlands zu entwickeln;

② die Weltöffentlichkeit umfassend über die ständigen schweren Menschenrechtsverletzungen in der DDR zu informieren;

③ die Bevölkerung in der DDR noch umfassender als bisher über ihre Rechte aus den UN-Menschenrechtspakten zu informieren und dabei die Hilfe der Massenmedien in Anspruch zu nehmen;

④ einen besonders intensiven Kampf mit politischen Mitteln gegen die Verfolgung von Menschen und ganzen Gruppen durch die DDR-Behörden bloß deswegen, weil sie sich auf ihre Menschenrechte berufen, zu führen;

⑤ Solidarität mit den Menschenrechtskämpfern in der DDR durch mo-

ralische, publizistische, politische und materielle Hilfe zu beweisen;

⑥ die Menschenrechte und ihre Verletzung durch die DDR beim KSZE-Folgetreffen in Madrid 1980 mit Vorrang zur Sprache zu bringen und auf konkrete Fortschritte hinzuwirken;

⑦ die bestehenden Institutionen der Vereinten Nationen zum Schutz der Menschenrechte auszubauen und aufzuwerten und in Form eines Hohen Kommissars und eines Gerichtshofs für Menschenrechte neue Institutionen zu fordern.

Bundesminister Genscher hat vor den Vereinten Nationen wiederholt die Schaffung eines Menschenrechts-Gerichtshofes vorgeschlagen, und UNO-Botschafter von Wechmar hat sich für die Einsetzung eines Hohen Kommissars für Menschenrechte bei den Vereinten Nationen ausgesprochen. Mit ihrem Entschließungsantrag nimmt die CDU/CSU-Fraktion die Bundesregierung beim Wort und fordert sie auf, den Worten endlich Taten folgen zu lassen.

Die Vereinten Nationen müssen als Forum genutzt werden, um die Menschenrechte für die Deutschen jenseits der Demarkationslinie durchzusetzen — in der DDR, in den Ostgebieten und in Osteuropa. Gleiches gilt für das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes sowie für die Gewährung von Volksgruppenrechten für deutsche Minderheiten in den Ostblockstaaten.

■ BEAMTE

Öffentlichkeit sollte besser informiert werden

Helmut Kohl überbrachte allen Teilnehmern des Bundesvertretertages 1979 des Deutschen Beamtenbundes, der einen wesentlichen Teil der deutschen Beamtenschaft repräsentiert, die herzlichen Grüße und guten Wünsche der Christlich Demokratischen Union und sagte in seiner Begrüßungsansprache u. a. folgendes:

Die Beamten werden oft als Staatsdiener bezeichnet. In einem demokratischen Staat kann Staatsdienst jedoch nichts anderes heißen als Dienst für die Allgemeinheit, Dienst für die Bürger. In diesem Selbstverständnis ist die Beamtenschaft einer der wichtigsten Garanten des Gemeinwohls in einer Zeit, in der eine fortschreitende Politisierung aller Lebensbereiche vielen Menschen den Blick auf notwendige Gemeinsamkeiten verstellt.

Es verdient Anerkennung, daß sich gerade die Beamtenschaft selbst immer wieder gegen Versuche zur Wehr setzt, die Personalpolitik in der öffentlichen Verwaltung zu politisieren und in den Dienst von Parteiinteressen zu stellen. Die CDU unterstützt dieses Bemühen, nicht zuletzt auch deshalb, weil die Institution des Berufsbeamtentums in einer Demokratie nur so funktionsfähig bleiben kann.

Vor allem aber kommt es in diesem Zusammenhang darauf an, das Vertrauen der Bürger zum Staat zu erhalten

und zu festigen. Denn die Tätigkeit des Staates, die Verbürokratisierung des öffentlichen Lebens sind Gegenstand einer zunehmend kritischen Diskussion in unserem Land. Vielen Bürgern wird es immer schwerer gemacht, den eigenen Staat und sein Verhalten zu begreifen. Die Bürokratisierung zu stoppen, dies ist eine der großen politischen Aufgaben und Herausforderungen der vor uns liegenden Jahre.

Für die zunehmende Bürokratisierung wird häufig der öffentliche Dienst verantwortlich gemacht. Der öffentliche Dienst ist aber nicht Ursache, sondern Opfer der Bürokratisierung. Die Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes dürfen nicht zu Sündenböcken für eine politische Fehlentscheidung gemacht werden.

Neben der zunehmenden Bürokratismuskritik diskutiert die Öffentlichkeit kritisch über die Institution des öffentlichen Dienstes, speziell des Berufsbeamtentums. Die häufig unsachlichen Angriffe sind zum Teil darauf zurückzuführen, daß die Öffentlichkeit vielfach nur unzureichend über den öffentlichen Dienst informiert ist.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat die Bundesregierung deshalb aufgefordert, einen jährlichen Bericht über die Lage des öffentlichen Dienstes vorzulegen. Die Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes haben ein Recht darauf, daß die Bürger über ihre Leistung und ihre Tätigkeiten sachlich unterrichtet werden.

Mit zur Kritik am öffentlichen Dienst trägt sicherlich auch bei, daß eine Reform des öffentlichen Dienstes bisher nicht erfolgt ist. Die CDU hält daran fest, daß eine Reform des öffentlichen Dienstes erfolgen muß.

■ KOALITION

Frau Huber muß zurücktreten

Viele Anzeichen deuten darauf hin, daß die Ministerin für Jugend, Familie und Gesundheit, Frau Huber, noch vor dem Regierungswechsel im nächsten Jahr zurücktreten muß. Als Helmut Kohl im Bundestag ihren Rücktritt forderte, eilte sie sofort herbei, um sich wortreich und arm an Argumenten zu rechtfertigen.

Anlaß für diesen unglücklichen Auftritt war der 3. Familienbericht, in dem der Bundesregierung ihre Versäumnisse vorgehalten werden. Die Katholische Nachrichten-Agentur verbreitet bis jetzt undementiert die Meldung, daß Helmut Schmidt den Jugendhilfeentscheidungsentwurf der Frau Huber mit einem unaussprechlichen Kraftwort kommentiert habe und beabsichtige, die nervöse Kollegin durch Anke Fuchs zu ersetzen.

Dem „Spiegel“ ist in der vergangenen Woche vorab aufgrund von Indiskretionen im Ministerium der Frau Huber der 5. Jugendbericht zugänglich geworden, der eine einzige Anklage an die Regierung wegen ihrer Versäumnisse in der Jugendpolitik ist.

Frau Huber ist in Gefahr, weil sie ihr Ministerium nicht führen kann. Das liegt nicht an einem bei ihr besonders auffälligen Mangel an organisatorischem Geschick, sondern an dem für die SPD unüberwindlichen Widerspruch zwischen linkem Drängen in den unteren Etagen und einer Beschönigungspolitik auf den Chefetagen. Im Falle der Jugendpolitik von Frau Huber wird das daran sichtbar, daß einerseits ein

höchst unerfreuliches Bild der Jugend gezeichnet wird. Man sieht die Jugend nur von den Rändern her, behauptet unüberprüft, daß Gewalttätigkeit in der Familie, Alkoholismus, Schulangst und Krankheiten verschiedenster Art bei der Jugend ständig zunehmen.

Andererseits muß die Ministerin bemüht sein, einer unruhig gewordenen Öffentlichkeit von den Erfolgen sozial-liberaler Jugendpolitik zu berichten. Sie muß daher bedenkliche Erscheinungen beschönigen; aus der Kriminalität der Jugendlichen wird dann unversehens das harmlose Äpfelklauen in Nachbargärten.

An alarmierenden Zahlen sind plötzlich die Statistiker schuld, und für das Rauschgiftproblem hat man ja fast ein Milliönchen bereitgestellt. Produktiv ist ihr Ministerium vor allem in einem gewaltigen Ausstoß an bedrucktem, häufig ideologisch verzerrendem Papier. Das Ministerium schickt sich an, zum ungeliebten Gesamtpädagogen der Nation zu werden. Es ist im Augenblick das ideologienreichste Ministerium.

Dieser Doppelrolle ist die Ministerin nicht gewachsen. Ihr Chef will mit einem makellosen sozial-liberalen Deutschland in den Wahlkampf ziehen, ihr Ministerium befindet sich nach wie vor auf dem Feldzug gegen eine falsche, kranke Gesellschaft. Die Linken, die den Rücktritt von Frau Huber fordern, sagen Huber und meinen Schmidt. Der Kanzler will sich dieses gefährlichen Schutzschildes, das es nicht ausläßt, alle Pfeile auf sich zu ziehen, entledigen.

Die Union fordert nun mit Nachdruck und erneut ihren Rücktritt, weil sie die jugendpolitischen Weichen für die Zukunft falsch stellt. Es kommt aber letztlich nicht auf ihre Person an, sondern

die Politik dieses Ministeriums ist der einsichtigste Grund dafür, warum ein grundlegender Wechsel in der politischen Verantwortung von der Regierung zur Opposition unerlässlich ist.

Arbeitsfeindliche Steuerpolitik

Der Staat kassiert mit zunehmender Härte einen beachtlichen Teil des Weihnachtsgeldes ab, für manche mehr als die Hälfte. Nach dem Willen von SPD und FDP soll auch für 1980 alles beim alten bleiben. Das bedeutet, daß sich der Steuerbürger im kommenden Jahr auf noch härtere Steuerbelastungen einrichten muß.

Der finanzpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Abgeordneter Dr. Hansjörg Häfele, nennt hierzu zwei Zahlen: Die Lohnsumme wird nach der Schätzung 1980 um etwa 7 % steigen. Die Lohnsteuer jedoch um rund 13 %, also etwa doppelt so stark. Der Bundesregierung ist dies bekannt. Ungerührt ist sie jedoch entschlossen, auch 1980 abzukassieren, um die kostspieligen Folgen ihrer fehlerhaften Politik mit dem Geld des Steuerzahlers zu bezahlen. Die Steuer-Planspiele von SPD und FDP für die vor der Bundestagswahl nicht nachprüfbare Wirklichkeit von 1981 sollen diesen Sachverhalt vernebeln.

Doppelstrategie?

Im Bundestag stellte der Bundesminister des Äußeren nach den bohrenden Fragen der CDU/CSU-Fraktion öffentlich klar, daß es eine Konvention zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich gegen Radio-Tele-Luxemburg (RTL) nicht geben wird. Würde sich der Bundesaußenminister in dieser Frage gegen den Bundeskanzler und

den ideologisch starrsinnigen Bundesforschungsminister durchsetzen, und könnten wir uns auf sein Wort verlassen, wären die Bemühungen der CDU/CSU gegen diesen unglaublichen Anschlag auf die Meinungsfreiheit im Westen von Erfolg gekrönt.

Zu hoffen ist nur, sagte MdB Hans Klein skeptisch, daß sich Genschers Ankündigung nicht eines Tages als Doppelstrategie erweist, die SPD und FDP in der Vergangenheit so oft praktizierten. Dabei fällt der FDP jeweils die Rolle zu, verbal die Auffassung eines angeblich noch liberal denkenden Teils der Koalitionsparteien und damit des entsprechenden Wählerpotentials abzudecken, während die SPD selbst und mit ihr die Bundesregierung ihre sozialistischen, auf die Bevormundung des Bürgers abzielenden Absichten sowie ihre kollektivistischen weltanschaulichen Ideen unbehelligt in die Tat umsetzt.

Grün und rot

Erhard Eppler, SPD-Vorsitzender von Baden-Württemberg, und Johano Strasser, ehemaliger Juso-Ideologe, haben mit anderen Parteilinken einen Aktionskreis „Grüne in der SPD“ als lockeren Zusammenschluß gegründet.

Grüne überflügelten FDP in der Gunst der Jungwähler

Die „Grünen“ sind eine typische Jungwähler-Bewegung. In der Gunst der 18- bis 24jährigen Wähler haben sie die Freien Demokraten überflügelt und auch der Sozialdemokratie beachtliche Stimmeneinbußen zugefügt. Dies geht, wie das Handelsblatt meldet, aus einer Analyse des Statistischen Bundesamtes der Europawahl vom 10. Juni 1979 hervor.

■ LANDESPARTEITAGE

Mit Mut und Geschlossenheit in die bevorstehenden Wahlen

Auf drei Landesparteitagen der Union am vergangenen Wochenende stand der Wille im Vordergrund, alle Kräfte zu mobilisieren, um 1980 eine Wende in der deutschen Politik herbeizuführen. Gleichzeitig demonstrierten die Landesverbände Rheinland, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein, daß die Union einig, entschlossen und kämpferisch hinter ihrer Führung steht. Nachstehend die Berichte von den Parteitagen in Düsseldorf, Lahnstein und Kiel:

CDU RHEINLAND:

Köppler und Strauß im Mittelpunkt

Mit einem Rekordergebnis von 90,5 Prozent der Delegiertenstimmen (430 von 475) bestätigten die Delegierten des 33. Landesparteitags der CDU Rheinland am Freitag, 16. November 1979, in der Düsseldorfer Stadthalle den Landesvorsitzenden und Oppositionsführer im Landtag NRW, Heinrich Köppler. Als stellvertretende Landesvorsitzende wurden gewählt: Konrad Grundmann, Karl Lamers, Margarete Verstege, Horst Waffenschmidt. Landesschatzmeister: Herbert W. Köhler.

Köppler, der seit zehn Jahren die rheinische CDU führt, übertraf damit sogar noch das damals als „sensationell“ empfundene Ergebnis von Aachen (85,2 Prozent). Der amtierende Parteitagpräsident, Krefelds Oberbürgermeister Hansheinz Hauser, MdB, hatte bereits

nach dem Rechenschaftsbericht des Landesvorsitzenden die vorherrschende Stimmung charakterisiert. „In den zehn Jahren, in denen Heinrich Köppler die CDU Rheinland führt, ist sein Name zu einem Gütezeichen der nordrhein-westfälischen Politik geworden, sein Name steht für Zielstrebigkeit und Stetigkeit, Redlichkeit und Glaubwürdigkeit.“

Zu Beginn seines Rechenschaftsberichtes hatte Heinrich Köppler auf die speziell für die CDU Rheinland zufriedenstellenden Ergebnisse von Europawahl und Kommunalwahl hingewiesen. Bei der Kommunalwahl seien die Erfolge vor allem an der Rheinschiene erzielt worden; von 13 Landräten stelle die CDU wieder 12, von 14 Oberbürgermeistern erstmals 7. Der Sieg bei dieser Kommunalwahl sei nur möglich gewesen, „weil die Union nach den quälenden Wochen der öffentlichen Auseinandersetzung um den Kanzlerkandidaten wieder auf klaren Kurs gegangen ist“. Die CDU Rheinland habe seither „mit ihrer disziplinierten Haltung und Geschlossenheit wesentlich dazu beigetragen, daß sich das Bild der Union wieder

stabilisiert hat; der Versuch, Unfrieden und Zwietracht in unsere Reihen zu tragen, ist gescheitert!" rief Köppler unter dem Beifall der Delegierten aus.

Die Union in Nordrhein-Westfalen stelle sich im Gegensatz zu den von „Rivalitäten und kleinkarierten Eifersüchteleien gelähmten“ Regierungsparteien SPD und FDP als schlagkräftige Formation dar mit einer „nahtlosen Zusammenarbeit“ der Landesverbände Rheinland und Westfalen-Lippe.

Wichtigste Aufgabe nach einer Regierungsübernahme am 11. Mai 1980 durch die CDU werde es sein, das Gewicht Nordrhein-Westfalens im Bund wiederherzustellen. Dazu gehöre auch, daß NRW wieder das wirtschaftsstärkste Bundesland werde. Die Rezepte der CDU seien Abbau des bürokratischen Sozialismus, gezielte Förderung vor allem der kleinen und mittleren Unternehmen und ein unzweideutiges Ja zur Kernenergie bei Beachtung aller notwendigen Sicherheitsvorkehrungen.

Im wichtigen Bereich der Bildungspolitik werde die Union wieder „Ruhe an der Schulfront“ herstellen. Das zehnte Pflichtschuljahr werde ebenso wieder verschwinden wie die umstrittene Stufenlehrausbildung. Die Einführung der Gesamtschule als Regelschule werde es nicht geben. Das vor einigen Wochen vorgelegte Gutachten habe gezeigt, daß diese Schulform „nicht serienreif“ sei und wahrscheinlich auch nicht „serienfähig“ werde.

An die Adresse des WDR richtete Köppler die Mahnung, sich im nächsten Frühjahr nicht als „wahlkämpfende Truppe zu gerieren“. Sollte dies dennoch geschehen, dann werde die Union nicht davor zurückschrecken, daraus ein Wahlkampfthema zu machen. Die

neuen technischen Möglichkeiten im Rundfunkbereich sollten geprüft und, wenn nötig, genutzt werden — und zwar unter der Maßgabe, mehr Wettbewerb herzustellen. Ein Modell könne die privatrechtliche Trägerschaft unter öffentlicher Kontrolle sein.

Zum organisatorischen Teil der Landtagswahlkampf vorbereitungen betonte Köppler, daß die Vorbereitungen mit neuen Konzeptionen für Plakatierung und Insertion abgeschlossen seien. Jedes Mitglied werde wie 1975 in den Stand versetzt werden, für die Ziele der Union überzeugungskräftig zu werben. Man werde indes eine Materialschlacht aus wohlwogenen Gründen vermeiden und sparsam wie in den Wahlkämpfen dieses Jahres arbeiten.

Erste Redner des Parteitags nach der Wahl des Düsseldorfer Oberbürgermeisters Josef Kürten zum Parteitagpräsidenten waren die beiden stellvertretenden Bundesvorsitzenden Kurt H. Biedenkopf und Alfred Dregger. Der westfälische Landesvorsitzende zeigte sich zuversichtlich, daß der rheinische Parteitag der letzte sein werde, der die Union in NRW noch auf den Oppositionsbänken sehe. Scharfe Kritik übte Biedenkopf an dem „Marionettenkabinett Rau“, und er widmete breiten Raum den Aufgaben, mit denen ein Wirtschaftsminister in NRW konfrontiert werde. Die „zweifellos ehrenwerte Frau Liselotte Funcke, die sich selbst nicht hat träumen lassen, ihren Lebensabend als letzte Reserve der NRW-FDP zu verbringen“, sei jedenfalls keine Dauerlösung.

Alfred Dregger überbrachte herzliche Grüße der Hessen-CDU, die sich seit 1966 ebenso wie die NRW-CDU zur stärksten politischen Kraft im eigenen Lande entwickelt habe.

Im Antragsteil verabschiedete der Parteitag u. a. mit überwältigender Mehrheit eine Resolution, in der die Einführung der Gesamtschule als Regelschule abgelehnt wird, billigte Thesen zur Gleichbehandlung der Frau in Beruf und Politik und drückte seine Solidarität mit den Ministerpräsidenten von Niedersachsen und Schleswig-Holstein, Ernst Albrecht und Gerhard Stoltenberg, in ihren Plänen zur Neustrukturierung des Norddeutschen Rundfunks (NDR) aus.

Mit minutenlangen Ovationen begrüßten die 500 Delegierten am späten Nachmittag den gemeinsamen Spitzenkandidaten der Unionsparteien, Ministerpräsident Franz Josef Strauß. Unter großem Beifall der Zuhörer bezeichnete Strauß die „Liebe zur Freiheit“ als sein politisches Credo. Nur mit Geschlossenheit werde die Union die bevorstehenden Landtagswahlkämpfe und die Bundestagswahl im Herbst nächsten Jahres, die die „entscheidende Wende der deutschen Politik“ bringen müsse, bestehen. Jeder müsse sich darauf einstellen, daß der politische Gegner der Union nichts schenken werde. Die „Abteilung schmutzige Dienste“ in der SPD-Baracke werde — wie gewohnt — auch vor Lügen und Verleumdungen übelster Art nicht zurückschrecken.

In einem weltumfassenden historischen und politischen Abriss skizzierte Strauß darüber hinaus vor einem aufmerksam lauschenden Publikum die schwerwiegenden Herausforderungen, denen sich die westliche Welt auf allen Kontinenten ausgesetzt sieht. Er appellierte an die deutsche Öffentlichkeit, Solidarität mit der westlichen Führungsmacht USA zu bekunden und dafür zu sorgen, daß ein geeintes und wirtschaftlich starkes Europa der sowjetischen Bedrohung gewachsen bleibe.

RHEINLAND-PFALZ:

Kampfbereit und hellwach

Die rheinland-pfälzische CDU ist und bleibt eine geschlossene Partei, die mit ungebrochener Kameradschaft und Kampfbereitschaft in die Auseinandersetzung des Jahres 1980 hineingehet und hellwach die Verantwortung in Rheinland-Pfalz wahrnimmt. Dieses Fazit zog der Landesvorsitzende, Ministerpräsident Bernhard Vogel, auf dem 24. Landesparteitag in Lahnstein.

In seinem Rechenschaftsbericht hatte Vogel vor den 450 Delegierten erklärt, nach bestandener schwieriger Zerreißprobe sei es jetzt für die CDU an der Zeit, nach vorne zu blicken. Unter starkem Beifall unterstrich Vogel, Helmut Kohl habe ein Beispiel gegeben, weil er als erster trotz aller Nackenschläge „mit bewundernswerter menschlicher und politischer Größe sich in die Pflicht unserer Partei stellte“. Heiner Geißler — der ebenso wie Kohl mit begeistertem Beifall von den Delegierten begrüßt wurde — habe mit Mut und Standfestigkeit die Beschlüsse des Bundesvorstandes vertreten.

Die CDU Rheinland-Pfalz stehe jetzt einig und geschlossen hinter Franz Josef Strauß, sagte Vogel und fuhr wörtlich fort: „Im Wahlkampf steht die rheinland-pfälzische CDU nicht in der Etappe. Wir kämpfen um den Sieg.“

Vogel warnte davor, über die Verluste bei der letzten Landtagswahl leichtfertig zur Tagesordnung überzugehen. Er zeigte sich optimistisch, daß es in vier Jahren gelingen werde, die absolute Mehrheit im Landtag nicht nur zu verteidigen, sondern wieder zu vergrößern.

Als zentrale Punkte der Landespolitik nannte er die Verbesserung des Verhältnisses zwischen Bürger und Staat, den Schutz der Umwelt, die Sicherung der Energieversorgung, den Anschluß benachteiligter Gebiete an das nationale und internationale Straßennetz und „die schwierige Aufgaben als staatliche Repräsentanten und Partei bei der jungen Generation wieder Rückhalt zu finden“.

Helmut Kohl bescheinigte der rheinland-pfälzischen CDU, die seit über 30 Jahren die Verantwortung im Lande trage, vorbildliche Solidarität. Regieren sei heute auch in den Ländern schwieriger geworden, weil die großen „Themen, die vom Stuhle reißen“, fehlten und statt dessen schwierige, aber weniger spektakuläre Detailarbeit geleistet werden müsse.

Der Bonner Regierung warf Helmut Kohl vor, allen entscheidenden Herausforderungen der 80er Jahre — angefangen bei der Wirtschaftspolitik über die Sozial- bis zur Außen- und Verteidigungspolitik heillos zerstritten und ohnmächtig gegenüberzustehen. Die CDU habe eine klare Politik zur Lösung der Probleme etwa in der Energieversorgung oder der drängenden Aufgabe, gleichzeitig für ein qualitatives Wachstum und den Schutz der Umwelt zu sorgen.

Der Parteitag diskutierte in zwei Arbeitskreisen über die außenpolitischen Bedingungen der Innenpolitik und Probleme der Familien- und Jugendpolitik. Im Plenum wurden nach lebhafter Diskussion zahlreiche Anträge verabschiedet: Die Forderungen reichten von der Einrichtung von Frauenhäusern, der Hilfe für Kambodscha bis hin zur gemeinsamen Delegiertenversammlung aus CDU und CSU zur Verabschiedung des Bundestagswahl-Programms.

SCHLESWIG-HOLSTEIN:

Ehrenvorsitz für von Hassel und Lemke

Die CDU Schleswig-Holstein geht geschlossen in das Bundestagswahljahr 1980. Das ist die Überzeugung aller, die den 32. Landesparteitag der CDU im nördlichsten Bundesland am 16. und 17. November in der Kieler Ostseehalle beobachtet haben.

Herausragendes Ereignis dabei: die eindrucksvolle Wiederwahl von Ministerpräsident Gerhard Stoltenberg als Landesvorsitzender. 352 von 366 Delegierten hatten ihm ihr Vertrauen geschenkt und damit für eines der besten Wahlergebnisse in der Geschichte der CDU Schleswig-Holstein überhaupt gesorgt. Bestätigt wurden in ihren Ämtern auch die stellvertretenden Vorsitzenden Innenminister Uwe Barschel, Ernährungsminister Günther Flessner sowie Finanzminister Rudolf Titzck.

Zur neuen stellvertretenden Landesvorsitzenden wurde die Bürgervorsteherin der Kieler Nachbargemeinde Kronshagen, Anke Gravert, gewählt. Sie nimmt den Platz der Parlamentarischen Staatssekretärin im Sozialministerium, Annemarie Schuster, ein, die nach acht Jahren erfolgreicher Arbeit im Landesvorstand auf eine Wiederwahl verzichtet hatte.

Weiteres für die Geschichte der CDU Schleswig-Holstein bedeutsames Ereignis: In Anerkennung ihrer Verdienste um den Landesverband und um das Land Schleswig-Holstein wurden die früheren Ministerpräsidenten und Landesvorsitzenden Kai Uwe von Hassel und Helmut Lemke von den Delegierten

einstimmig zu Ehrenvorsitzenden gewählt.

Zu Beginn des Parteitags hatte Gerhard Stoltenberg in seinem Rechenschaftsbericht auf die geschwundenen Hoffnungen und Illusionen vieler Bürger in der Bundesrepublik Deutschland hingewiesen. Selbstverständliche Grundlagen unserer politischen und privaten Existenz seien in Frage gestellt. Dies sei am deutlichsten auf dem Gebiet der Energieversorgung spürbar. Außenpolitische Veränderungen und das bestürzende Versagen der Bonner Regierungsparteien SPD und FDP trafen hier zusammen. In dem lebhaft diskutierten Zielkonflikt zwischen Wirtschaftspolitik und Umweltschutz fehle es der Bundesregierung an einer erkennbaren Linie und an geistiger Führung.

SPD und FDP seien in diesen Bereichen handlungsunfähig geworden, weil ihre Haltung durch Doppelzüngigkeit und Opportunismus geprägt sei. Die Spitzenpolitiker von SPD und FDP, Schmidt und Genscher, hätten in diesem zentralen Thema der achtziger Jahre, das zu einer Überlebensfrage werden könne, ein erschreckendes Maß an Führungsschwäche bewiesen. Stoltenberg wörtlich: „Ein mutiger und konsequenter Bundeswirtschaftsminister kann als Einzelkämpfer demgegenüber nichts Nennenswertes bewirken.“

Ausführlich ging der Landesvorsitzende auf den von der GEW angeführten sogenannten „Lehrerstreik“ ein. Zwar erkennen die Regierungschefs die Notwendigkeit bestimmter Verbesserungen in der Arbeitszeit einiger Lehrergruppen grundsätzlich an, aber ebenso deutlich sei zu sagen, daß in den nächsten Jahren die Schaffung neuer Lehrerstellen für die Verbesserung des Unterrichtsangebotes Vorrang haben müsse.

Wenn die GEW Beamte zur Arbeitsniederlegung aufrufe, beginne sie ein gefährliches Spiel. Man könne nicht beides haben: die Privilegien des Beamtenstatus und die Streikmöglichkeiten der Arbeiter und Angestellten.

Ein weiterer Höhepunkt des Parteitages war nach einer außerordentlich lebhaften und farbigen Diskussion die Rede von Bundestagspräsident Richard Stücklen, der dem Bundeskanzler vorwarf, Probleme allenfalls noch erkennen, sie aber nicht mehr anpacken und lösen zu können. Schmidts Politik bestehe im wesentlichen im Taktieren und Lavieren. Das treffe für seine Ostpolitik ebenso zu wie für seine Politik gegenüber unseren Verbündeten. Diese Handlungsunfähigkeit Schmidts werde vor allem deutlich in der Familienpolitik, in der Frage der Sicherstellung unserer Energieversorgung sowie im Komplex der äußeren Sicherheit der Bündnispolitik und der Abrüstung.

Die Union rief Stücklen auf, die im nächsten Jahr ins Haus stehende Wahlauseinandersetzung grundsatztreu und ohne Opportunismus zu führen. Der Bürger müsse klar erkennen, worum es gehe und was die Union wolle. Er müsse Gewißheit über die Vorstellungen von CDU/CSU erhalten und wissen, was sich bei einem Wechsel der Regierungsverantwortung ändern werde. Nichts sei für eine Partei in der Opposition tödlicher, als wenn der Wähler den Eindruck habe, daß im Falle der Regierungsübernahme durch sie doch nur alles beim alten bleibe. Es sei unsere Pflicht — so Richard Stücklen — uns nicht nur fair, sondern auch in aller Deutlichkeit zu äußern. Es komme darauf an, daß nicht der politische Gegner, sondern die Union die Themen der politischen Auseinandersetzung bestimmten.

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTOCK
Z 8398 C
GEBÜHR BEZAHLT

■ TERMINE

23. 11. **Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU — Bund**
Landesschatzmeisterkonferenz,
Bonn
- 23./24. 11. **KPV der CDU/CSU — Bund**
Kommunalkongreß und Bundesvertreterversammlung,
Frankfurt
24. 11. **LV Baden-Württemberg**
Landesparteiausschuß
(Strukturpolitik)
24. 11. **LV Baden-Württemberg**
Präsidium und Landesvorstand
Stuttgart
24. 11. **CDU Niedersachsen**
Landesvorstand, Hannover
24. 11. **CDU Niedersachsen**
Erweiterter Landesvorstand
Hannover
- 24./25. 11. **JU — Bund**
Deutschlandtag, Hannover
26. 11. **CDU — Bund**
Präsidium, Bonn
26. 11. **LV Saar**
Landesvorstand, Saarbrücken
28. 11. **CDU — Bund**
BFA „Jugendpolitik“, Bonn
29. 11. **LV Saar**
Landesvertreterversammlung
Saarbrücken
30. 11. **LV Westfalen-Lippe**
Landesvorstand, Dortmund
30. 11./2. 12. **Exil-CDU**
Deutschlandtagung, Oberbergen
1. 12. **CDU — Bund**
Sitzung AK „Medien“, Bonn
1. 12. **LV Westfalen-Lippe**
Kreisvorsitzendenkonferenz
- 1./2. 12. **JU Hessen**
Landestag, Krieffel
3. 12. **CDU — Bund**
Erweiterter Bundesvorstand, Bonn
3. 12. **LV Saar, Geschäftsführender Landesvorstand, Saarbrücken**
3. 12. **LV Saar**
Landesvorstand, Saarbrücken
3. 12. **LV Saar**
Landesausschuß, Saarbrücken
5. 12. **LV Rheinland**
Kreisgeschäftsführerkonferenz
Köln
5. 12. **CDU — Bund**
Landesgeschäftsführerkonferenz
München
5. 12. **LV Berlin**
Landesvorstand, Berlin
6. 12. **CDU — Bund (Sozialausschüsse)**
Landessozialsekretärskonferenz
Königswinter
7. 12. **LV Rheinland**
Landesvorstand, Köln
7. 12. **Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU — Bund**
Bundesvorstand, München

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Tel. (0 22 21) 54 41. Verlag: Unions Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Tel. (0 22 21) 22 10 81. Vertrieb: Tel. (0 22 21) 5 44 - 3 04. Verlagsleitung: Peter Müllenbach. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. Abonnementspreis jährlich 40,- DM. Einzelpreis 1,- DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.

UID